



CDU

Heimat erhalten. Zukunft gestalten.

**Kommunalpolitische Leitsätze
der CDU Baden-Württemberg
zur Kommunalwahl 2009**

Beschluss des 58. Landesparteitages
am 28. März 2009 in Ludwigsburg



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Heimat erhalten. Zukunft gestalten.	5
Unsere Heimat erhalten.	5
Die Zukunft gestalten.	5
2. Die CDU - verlässliche Kraft in den kommunalen Parlamenten.	5
Verlässlichkeit ist unsere Stärke.	5
Politik aus einem Guss.	5
3. Politik für Kommunen in schwierigen Zeiten.	5
Die Krise als Chance begreifen.	6
Herausforderungen annehmen.	6
4. Aktive Bürger - Lebendige Kommunen.	7
Demographische Herausforderung annehmen.	7
Vielfalt im Ehrenamt.	7
Integration beginnt in der Nachbarschaft.	8
Das Beste für unsere Kinder.	9
Qualitätsoffensive Bildung.	9
Die Eltern unterstützen.	9
Gemeinsame Verantwortung zwischen Land und Kommunen.	10
Kurze Beine, kurze Wege.	10
Kinderland trifft Bildungsland.	10
Individuelle Begabungen brauchen individuelle Bildungswege.	11
Kein Abschluss ohne Anschluss.	11

6. Stadt und Land - Hand in Hand.	12
Bewährte Partnerschaft.	12
Selbstständigkeit der Kommunen bewahren.	12
Interkommunale Zusammenarbeit	13
7. Sanieren und Investieren - kommunales Wirtschaften in schwieriger Zeit.	13
Maß halten auch in den Kommunen.	13
Lasten gerecht verteilen.	13
Wirtschaftsförderung vor Ort.	14
Ausbau der Datenautobahnen.	15
8. Nachhaltige Entwicklung - Kommunalpolitik im Einklang mit Umwelt, Landwirtschaft und Natur.	16
Unsere Landschaft ist unsere Heimat.	16
Ökonomie und Ökologie im Einklang.	16
Vorreiter im Klimaschutz.	16
Innerörtliche Entwicklung hat Vorrang	17
Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft.	17
9. Bürgernah und leistungsfähig - die Verwaltung als Dienstleister.	18
Verwaltung modernisieren.	18
Bürokratieabbau vorantreiben.	19
Mit Sicherheit Vertrauen schaffen.	19
10. Mobil in Stadt und Land - für eine leistungsfähige Infrastruktur.	20
Wachstum braucht Wege.	20
Straßenbau im Mittelpunkt.	20
Mobilität auf Schiene und Straße.	21

11. Bereit zur Verantwortung21

1. Heimat erhalten. Zukunft gestalten.

Bei uns in Baden-Württemberg fühlen sich die Menschen wohl. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Lebensqualität im Südwesten und sind zu Recht stolz auf ihr Land. Für die CDU ist es deshalb Anspruch und gleichzeitig Verpflichtung: Die Heimat erhalten. Die Zukunft gestalten.

Unsere Heimat erhalten.

In keinem anderen Land Deutschlands sind die Menschen so zufrieden wie in unserer Heimat im Südwesten. Die Lebensqualität hat auch gute Gründe: eine starke Wirtschaft, ausgezeichnete Bildungseinrichtungen, schöne Landschaften, ein gutes Miteinander der Generationen und Kulturen, ein hohes Maß an innerer Sicherheit sowie ein abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitangebot.

Maßstab der Politik der CDU ist deshalb auch und gerade die Zufriedenheit und Lebensqualität der Menschen in Baden-Württemberg. Unser Ziel ist es gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsere schöne Heimat zu erhalten.

Die Zukunft gestalten.

Aber auch für uns im erfolgsverwöhnten Südwesten darf es keinen Stillstand geben. Im Wettbewerb der Regionen und Länder gilt es stets, an den eigenen Stärken zu arbeiten.

Der ländliche Raum und die städtischen Verdichtungsräume stehen dabei oft vor unterschiedlichen Herausforderungen. Auch in Zukunft wollen wir in allen Landesteilen die Möglichkeit für attraktive Lebens- und Arbeitsräume erhalten und damit für junge Menschen als Wohn- und Arbeitsstätte attraktiv halten.

Hand in Hand haben Land und Kommunen deshalb in den vergangenen Jahren wichtige Projekte vorangebracht. Eine verlässliche Wirtschafts- und Strukturpolitik war Grundlage für gute kommunale Einnahmen. Wir haben die Wachstumskräfte unserer Städte und Gemeinden gestärkt, die Verschuldung abgebaut und in Bildung und Zukunft investiert. Die Ausgangsbedingungen für die Kommunen in Baden-Württemberg sind hervorragend und wir haben es selbst in der Hand, im Miteinander unsere Zukunft zu gestalten.

29 2. Die CDU - verlässliche Kraft in den 30 kommunalen Parlamenten.

31 Als die bestimmende politische Kraft in den Gemeinden, Städten und Kreisen ha-
32 ben die über 7.200 **kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger** gezeigt,
33 dass auf sie Verlass ist. Dies gilt gerade dann, wenn die Zeiten einmal schwieriger
34 sind. Nur die CDU als große Volkspartei steht für eine durchgehende bürgerliche
35 Politik sowohl in den Kommunen, **der Region** wie auch im Land, dem Bund und in
36 Europa und damit für eine Politik aus einem Guss.

37 *Verlässlichkeit ist unsere Stärke.*

38 Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, eine politische Heimat zu
39 haben und dass Parteien zur politischen Stabilität beitragen. Die Wählerinnen und
40 Wähler wissen was sie erwartet, wenn Sie die CDU wählen. Wir haben für die bevorste-
41 hende Kommunalwahl hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die
42 bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Freizeit einzusetzen und für die Menschen
43 vor Ort konkret etwas zu erreichen.

44 *Politik aus einem Guss.*

45 Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden wird nicht alleine auf den Rathäusern ent-
46 schieden. Von der europäischen Ebene, über den Bund bis zu den Ländern wird die
47 Kommunalpolitik vielfältig geprägt. Für die Menschen vor Ort ist es nicht entschei-
48 dend, welche staatliche oder politische Ebene in einem konkreten Fall zuständig ist. Sie
49 erwarten zu Recht, dass wir die Herausforderungen der Zukunft offen benennen, an-
50 nehmen und erfolgreich anpacken. Nur die CDU steht für eine Politik aus einem Guss.
51 Wir stehen für durchgehende bürgerliche Politik in den Kommunen, **der Region**, in den
52 Ländern, auf Bundesebene in Berlin sowie in Brüssel und Straßburg bei europapoliti-
53 schen Fragen. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind auf allen politi-
54 schen Ebenen präsent und stehen in ständigem Kontakt und Erfahrungsaustausch.

55 3. Politik für Kommunen in schwierigen 56 Zeiten.

57 Die Stärke der CDU war schon immer ihre Verankerung vor Ort und die Stärke der
58 Gemeinden, Städte und Kreise die Mandats- und Amtsträger der CDU, die dafür

59 **sorgen, dass es den Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg gut geht.**
60 **Auch in Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird die CDU als Anwalt der**
61 **Menschen und der Kommunen dafür sorgen, dass unser Land die bevorstehenden**
62 **Herausforderungen meistert und gestärkt aus ihnen hervorgeht.**

63 ***Die Krise als Chance begreifen.***

64 Unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen. Binnen weniger Monate hat sich
65 eine Immobilienkrise in Amerika zu einer weltumspannenden Finanzmarktkrise mit
66 weit reichenden Auswirkungen auf nahezu sämtliche Wirtschaftsbranchen entwickelt.
67 Der Staat und seine Bürger sind mit Problemen konfrontiert, die wir noch vor kurzer
68 Zeit so nicht für möglich gehalten hätten. Baden-Württemberg wird als technologie-
69 starkes und exportorientiertes Land unter dem weltweiten Einbruch der Märkte be-
70 sonders beeinflusst.

71 Es ist klar, dass die staatlichen Möglichkeiten, einen abrupten Nachfrageeinbruch auf
72 breiter Front auszugleichen, begrenzt sind. Die CDU nutzt ihre Spielräume konsequent.
73 Deshalb haben wir als erstes Land in Deutschland ein umfassendes Infrastrukturprog-
74 ramm aufgelegt und übernehmen gemeinsam mit den Kommunen Verantwortung. Wir
75 ziehen bereits geplante Investitionen in Verkehrswege in Bildung, Wissenschaft, For-
76 schung und Umweltschutz vor. Wir wollen damit die Wachstumskräfte in unserem
77 Land stärken und andererseits das Ziel der Netto-Nullverschuldung im Sinne einer ge-
78 nerationengerechten Politik nicht aus den Augen verlieren.

79 Gleichzeitig bietet die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aber auch Chancen für Ba-
80 den-Württemberg und seine Kommunen. Mit unseren robusten und starken Unter-
81 nehmen kann und muss es uns gelingen, aus der Krise gestärkt hervorzugehen und die
82 Rolle als weltweit in vielen Bereichen führendes Wirtschaftsland auszubauen.

83 ***Herausforderungen annehmen.***

84 Aber nicht nur die Finanzkrise stellt die Kommunen vor große Herausforderungen: Der
85 demographische Wandel wird die Gesellschaft in unseren Städten und Gemeinden ver-
86 ändern und damit auch die Anforderungen an Infrastruktur und Dienstleistungen. Der
87 Klimawandel wird es notwendig machen, über Mobilität neu nachzudenken und die
88 steigenden Anforderungen einer Wissensgesellschaft werden nicht zuletzt weitere Re-
89 formen im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung notwendig machen.

90 **4. Aktive Bürger - Lebendige** 91 **Kommunen.**

92 **Die Städte und Gemeinden leben von einer aktiven Bürgergesellschaft. Mit ihrem**
93 **umfangreichen und vielfältigen Engagement sind es die Menschen, die unsere Hei-**
94 **mat liebens- und lebenswert machen. Gleichzeitig sind die Kommunen der Ort, an**
95 **dem wir die Integration am effektivsten fördern und dem demographischen Wan-**
96 **del begegnen können.**

97 ***Demographische Herausforderung annehmen.***

98 Der demographische Wandel betrifft jede und jeden in unserer Gesellschaft. Der Ge-
99 burtenrückgang und die zunehmend älter werdende Gesellschaft erfordert nicht nur
100 Veränderungen bei den Sozialversicherungssystemen, sondern auch strukturelle An-
101 passungen und eine politische Neuausrichtung in den Kommunen.

102 Gemeinsam müssen wir daher alle Anstrengungen unternehmen, junge Familien zu
103 fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern und zu einer
104 dauerhaft nachhaltigen und generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik zu
105 kommen. Gleichzeitig gilt es, die vielfältigen Erfahrungen und Potentiale der Älteren
106 zu nutzen und das gesellschaftliche Miteinander der Generationen zum Nutzen Aller
107 zu fördern, wie zum Beispiel mit Mehrgenerationenhäusern.

108 Darüber hinaus kann durch Anpassungen der Infrastruktur und veränderte Freizeit-
109 angebote einerseits einer Abwanderung junger Menschen vorgebeugt und andererseits
110 den Bedürfnissen älterer Menschen entgegengekommen werden.

111 ***Vielfalt im Ehrenamt.***

112 Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in
113 unseren Städten und Gemeinden hat viele Gesichter und ist so vielseitig wie sie selbst:
114 Neben dem klassischen ehrenamtlichen Engagement in Sport- und Musikvereinen, Kir-
115 chen, Wohlfahrtsverbänden oder der Feuerwehr haben sich in letzter Zeit neue Formen
116 des Engagements entwickelt: Jugendbegleiter führen eigenständige Bildungs- und Be-
117 treuungsangebote in den Ganztageschulen durch, Lesepaten unterstützen Schüler an
118 den Schulen, Jobpaten nutzen ihre Netzwerke und Erfahrung, um Jugendlichen den
119 Start in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Andere Ehrenamtliche organisieren Be-
120 suchsdienste in Krankenhäusern, engagieren sich im Klimaschutz oder helfen ein Bio-
121 top zu bewahren. Viele Aktivitäten von älteren Menschen wären in der Zeit des de-

122 mographischen Wandels ohne Bürgerbeteiligung nicht möglich. Für die Förderung von
123 Kunst und Kultur setzen sich Mäzene, Freundeskreise und Stiftungen ein.

124 ***Engagement sichtbar fördern und anerkennen.***

125 Bürgerschaftliches Engagement kommt in Städten und Landkreisen nicht ohne haupt-
126 amtliche Strukturen aus. Die Gewinnung von Freiwilligen, das Zusammenführen von
127 „Angebot“ und „Nachfrage“ sowie der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen er-
128 fordert feste und verlässliche Koordinationsstellen sowie eine qualifizierte Begleitung.
129 Ebenso wichtig ist die Weiterqualifizierung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern
130 sowie die Förderung von Freiwilligendiensten, die Zugänge zum Engagement für alle -
131 insbesondere aber auch Migrantinnen und Migranten - ermöglichen.

132 Darüber hinaus muss Engagement und Ehrenamt sichtbar anerkannt werden. **Arbeit-**
133 **geber, allen voran der öffentliche Dienst, sollten deshalb kreative öffentliche Anerken-**
134 **nungsinstrumente entwickeln, Arbeitszeitregelungen zugunsten des ehrenamtlichen**
135 **Engagements flexibler gestalten und bei Einstellungen nicht nur Zeugnisse, sondern**
136 **auch den ehrenamtlichen Einsatz für die Gesellschaft berücksichtigen. Das klassische**
137 **Ehrenamt ist der Stützpfiler der Jugendarbeit und ist daher für die Städte und Ge-**
138 **meinden unbezahlbar.**

139 ***Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen.***

140 **Jeder Mensch hat unschätzbare Potentiale und ist für die Gesellschaft wichtig und**
141 **wertvoll. Wir wollen Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen eine selbst-**
142 **bestimmte und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Es muss auch für Menschen**
143 **mit Behinderung normal sein, so zu leben, zu wohnen, zu arbeiten und am gesellschaft-**
144 **lichen Leben teilzuhaben, wie das für Menschen ohne Handicap selbstverständlich ist.**
145 **Angehörige, Freiwillige und Hilfsorganisationen helfen in vielfältiger Weise fachlich**
146 **und qualifiziert unterstützend mit. Die Bedingungen für dieses Engagement zu verbes-**
147 **sern ist uns ein besonderes Anliegen**

148 ***Integration beginnt in der Nachbarschaft.***

149 Die Kommunen sind der Ort, an dem Integration stattfindet und stattfinden muss. Nur
150 dort kann es unter Anstrengung aller Beteiligten gelingen, dass unsere Mitbürgerinnen
151 und Mitbürger mit Migrationshintergrund sich in die Gesellschaft integrieren und uns
152 mit ihrer eigenen Kultur bereichern. Ihre aktive Einbindung in das kommunale Gesche-
153 hen ist ein wesentlicher Schlüssel für ein soziales und kulturelles Miteinander und
154 nicht Nebeneinander in den Städten und Gemeinden. Wir wollen deshalb erreichen,
155 dass sich mehr EU Bürger an der Kommunalwahl beteiligen.

156 **5. Kinderland konkret - Bildung und** 157 **Betreuung vor Ort.**

158 **Bildung und Betreuung gehören für die CDU zusammen. Wir sorgen für echte Wahl-**
159 **freiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung und ermöglichen die Vereinbarkeit von**
160 **Familie und Beruf. Mit der Qualitätsoffensive Bildung und in Zusammenarbeit mit**
161 **den Kommunen machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft und sorgen für ge-**
162 **rechte Bildungschancen für jedes einzelne Kind.**

163 ***Das Beste für unsere Kinder.***

164 Die CDU ist der Garant für eine erfolgreiche und moderne Bildungspolitik. Mit neuen
165 Ideen und wirkungsvollen Reformen wollen wir das bestmögliche Bildungs- und Be-
166 treuungsangebot für jedes einzelne Kind bieten. Und der Erfolg gibt uns dabei Recht:
167 Die Schülerinnen und Schüler des Landes liegen im innerdeutschen Vergleich bei Bil-
168 dungsstudien weit vorne und über dem internationalen Schnitt. Mit den höchsten Bil-
169 dungsausgaben, der niedrigsten Zahl von Schulabbrechern und der geringsten Jugend-
170 arbeitslosigkeit ist Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg.

171 ***Qualitätsoffensive Bildung.***

172 Um jungen Menschen im Land die besten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen
173 für einen erfolgreichen Start in Ausbildung und Beruf zu bieten, investieren wir allein
174 in den kommenden vier Jahren zusätzlich rund 528 Mio. Euro. 4.000 zusätzliche Lehrer
175 werden eingestellt; allein für die im nächsten Schuljahr beginnende Absenkung des
176 Klassenteilers auf 28 Schülerinnen und Schüler schaffen wir rund 3.200 zusätzliche
177 Stellen. Darüber hinaus entwickeln wir den Lehrerberuf weiter. Wir sorgen dafür, dass
178 auch in Zukunft nur die besten und motiviertesten Lehrerinnen und Lehrer unsere Kin-
179 der unterrichten.

180 ***Die Eltern unterstützen.***

181 Die CDU steht für eine familienfreundliche Gesellschaft und damit auch für die Wahl-
182 freiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung. Zur weiteren Verbesserung der Vereinbar-
183 keit von Familie und Beruf bauen wir deshalb die Angebote in der Kleinkindbetreuung
184 entlang des jeweiligen Bedarfs aus und setzen uns für flexiblere Öffnungszeiten der
185 Betreuungseinrichtungen entlang der jeweiligen örtlichen Bedürfnisse ein. Bis Ende
186 2013 sollen in den Städten und Gemeinden unseres Landes zusätzlich rund 60.000
187 Plätze geschaffen werden. Land und Kommunen haben hierzu im Jahr 2007 einen trag-

188 fähigen Finanzierungspakt über 800 Mio. Euro jährlich geschlossen. Daneben unters-
189 tützen wir unsere Familien mit dem Landeserziehungsgeld, das im Anschluss an das
190 Elterngeld des Bundes gewährt wird.

191 ***Gemeinsame Verantwortung zwischen Land und Kommunen.***

192 Das Land und seine Kommunen teilen sich in Baden-Württemberg die Aufgaben im
193 Schulbereich. Während das Land vor allem für die Lehrinhalte und die personelle Aus-
194 stattung verantwortlich zeichnet, obliegt den Kommunen die Trägerschaft der Schulin-
195 frastruktur. Die CDU im Land steht zu dieser Partnerschaft und will auch in Zukunft bei
196 allen Bildungs- und Betreuungsangeboten in gemeinsamer Verantwortung flexible Lö-
197 sungen erarbeiten, die zum individuellen Bedarf vor Ort passen.

198 ***Kurze Beine, kurze Wege.***

199 Für unsere kleinen Schüler gilt wie bei den Kindergartenkindern das Motto: „Kurze Be-
200 ine, kurze Wege“. Wir wollen möglichst wohnortnahe Schulen, die ein pädagogisch
201 sinnvolles Angebot bieten können. Die Gemeinden als Schulträger bestimmen die
202 Standorte unserer Schulen. Die CDU steht zur flächendeckenden Schulinfrastruktur im
203 ländlichen Raum. Die Schule ist dort auch und gerade ein Zentrum des sozialen Lebens
204 und des Ehrenamtes, das es zu erhalten gilt.

205 ***Kinderland trifft Bildungsland.***

206 Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist der Schlüssel für mehr so-
207 ziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen. Die Kommunen und das
208 Land investieren deshalb rund 20 Mio. Euro in die Fortbildung der pädagogischen
209 Fachkräfte in den Kindergärten sowie der Kooperationslehrkräfte der Grundschulen
210 und Sonderschulen. Darüber hinaus wird die bedarfsgerechte Sprachförderung zur Re-
211 gelförderung werden.

212 Gleichzeitig erfolgt mit dem „Bildungshaus“ in Baden-Württemberg eine enge Verzah-
213 nung zwischen Kindergarten und Grundschule. Baden-Württemberg geht damit als
214 erstes Land neue Wege, in dem es gemeinsame Lern- und Spielzeiten in institutions-
215 und jahrgangsübergreifenden Gruppen schafft. Kindergarten und Grundschule sollen
216 im Laufe einer Modellphase so eng miteinander verzahnt werden, dass eine durchgän-
217 gige Bildungseinrichtung für Drei- bis Zehnjährige entsteht. Dabei gilt es auch sicher-
218 zustellen, dass alle Kinder bereits vor der Grundschule erste soziale Kontakte knüpfen
219 und spielerisch Lerninhalte erfahren können. Die CDU verfolgt deshalb das Ziel eines
220 verpflichtenden Kinderschuljahres.

221 ***Individuelle Begabungen brauchen individuelle Bildungswege.***

222 Unser besonderes Augenmerk gilt den Haupt- und Werkrealschulen. Sie sind ein soli-
223 der und erfolgreicher Weg zur Berufsausbildung. Unsere Haupt- und Werkrealschulen
224 legen besonderen Wert auf eine zielgenaue Förderung der Schülerinnen und Schüler.
225 Die neue Werkrealschule ist eine zukunftsweisende pädagogische Innovation. In einer
226 sechsjährigen, mindestens zweizügigen Schule können Hauptschulabschluss und mitt-
227 lere Reife erreicht werden. Individuelle Förderung und konsequente Berufsorientie-
228 rung sind Grundlage des Schulkonzepts. Die Werkrealschule schafft dadurch neue
229 Perspektiven und stärkt die Hauptschüler.

230 Unsere Realschulen sind äußerst erfolgreich und bieten den Schülerinnen und Schülern
231 hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten. Für begabte Schülerinnen und Schüler bie-
232 ten unsere Gymnasien mit schlankeren Bildungsplänen einen schnellen Weg zum Abi-
233 tur. In jeder Region Baden-Württembergs stellen wir ein breites Angebot an Studien-
234 gängen in Berufsakademien und Fachhochschulen zur Verfügung. Unsere Hochschulen
235 und Universitäten haben einen exzellenten Ruf in der ganzen Welt. Das dichte Netz
236 von Hochschulen im Land werden wir erhalten. Es sichert unseren Industrie- und
237 Dienstleistungsbetrieben im ganzen Land hervorragend ausgebildeten Fachkräfte-
238 nachwuchs. **Erfreulicherweise ist die Quote der Jugendlichen, die die Schule ohne**
239 **Schulabschluss verlassen mit 6% in Baden Württemberg bundesweit am geringsten.**
240 **Vorrangiges Ziel unserer Bildungspolitik muss gleichwohl sein, jede Schülerin und je-**
241 **den Schüler zu einem Schulabschluss zu führen. Aber auch denen, die die Schule trotz-**
242 **dem ohne Abschluss verlassen, helfen wir über den Weg der Schulfremdenprüfung zu**
243 **einem späteren Zeitpunkt den Schulabschluss nachzuholen. Die vielen Volkshochschu-**
244 **len im Land sowie private Bildungsträger bieten hierfür eine Vielzahl an vorbereiten-**
245 **den Kursen an.**

246 ***Kein Abschluss ohne Anschluss.***

247 Unsere Schulen richten sich am Wohl der Kinder aus. Alle Schülerinnen und Schüler
248 sollen die für sie optimale Schulart finden können und dort entlang der modernen Er-
249 kenntnisse der Bildungswissenschaft eine individuelle Förderung erfahren. In Baden-
250 Württemberg gilt dabei der Grundsatz, dass kein Schulabschluss ohne weiteren Bil-
251 dungsanschluss bleibt. Gerade unsere beruflichen Schulen bieten passgenaue An-
252 schlüsse und beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg: So werden heute im Land rund
253 50 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen über berufliche Abschlüsse erreicht.

254

6. Stadt und Land - Hand in Hand.

255

Die CDU bekennt sich zur engen Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen. Nur gemeinsam lassen sich die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen. Deshalb orientiert sich unser Handeln immer auch an den Ansprüchen und Interessen unserer Städte und Gemeinden. Denn nur dann kann gelten: Starke Kommunen. Starkes Land

256

257

258

259

260

Bewährte Partnerschaft.

261

Solides Haushalten ohne Kahlschlag ist das Markenzeichen verantwortungsvoller CDU-Politik. Gemeinsam haben Land und Kommunen Vereinbarungen und Solidarpakte geschlossen, so zur Kinderbetreuung und zum Ausbau von Ganztageschulen. Das Land holt darüber hinaus Kirchen, Hochschulen, Sport, Kultur und soziale Institutionen mit ins Boot. Die enge Partnerschaft bei zentralen Zukunftsaufgaben schafft Planungssicherheit, Vertrauensschutz und Handlungsfähigkeit auf beiden Seiten.

262

263

264

265

266

267

Selbstständigkeit der Kommunen bewahren.

268

Wir stellen den Dienst am Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Ein daran orientierter Staatsaufbau kann nur von unten nach oben funktionieren. Für die CDU kommt daher der kommunalen Ebene zentrale Bedeutung zu.

269

270

271

Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip in seiner dreifachen Bedeutung: Was der einzelne leisten kann, muss er auch selbst leisten. Freie Träger haben Vorrang vor dem Staat und die jeweils unterst mögliche Ebene muss sich der Erfüllung einer Aufgabe annehmen und hierbei die notwendigen Freiräume für eigene Standortgestaltung haben sowie eine ausreichende Finanzausstattung bekommen. Das ursprüngliche Recht liegt dabei bei der Gemeinde, die das Recht der Selbstverwaltung besitzt. Unsere Kommunen sind ein Ort der vielfältigen Mitbestimmung und Mitgestaltung. Dort haben die Menschen die direktesten Einfluss- und Einwirkungsmöglichkeiten.

272

273

274

275

276

277

278

279

Auch im Europäischen Verfassungsvertrag ist die kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich garantiert. Die Kompetenzen der Europäischen Union sind auf die Aufgaben zu beschränken, die nicht von einer niedrigeren Ebene besser erfüllt werden können. Die Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen, die Daseinsvorsorge, muss eine kommunale Aufgabe bleiben.

280

281

282

283

284 **Interkommunale und regionale Zusammenarbeit**

285 Gerade auch in Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist die interkommunale
286 und regionale Zusammenarbeit auszuweiten und durch finanzielle Anreize zu fördern.
287 Wir unterstützen dabei insbesondere auch die Kommunen entlang der Außengrenzen
288 zu unseren Nachbarstaaten beim Aufbau und der Intensivierung grenzüberschreiten-
289 der Kooperationen und Vernetzungen. Als Entwicklungsmotoren insbesondere in den
290 Bereichen Verkehr, Umwelt, Wirtschaft, Tourismus und Ausbildung sind sie unabding-
291 bare Voraussetzung für den Aufbau europäischer Zukunftsregionen.

292 **7. Sanieren und Investieren - kommu-**
293 **nales Wirtschaften in schwieriger Zeit.**

294 **Nicht nur im Bund und im Land gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die**
295 **Wirtschaft wieder wachsen kann.** Auch in den Kommunen muss mit einer konse-
296 quenten Haushaltskonsolidierung Spielraum für Investitionen und für nachfolgen-
297 de Generationen geschaffen und ein gerechter Lastenausgleich erreicht werden. Im
298 Bereich der Daseinsvorsorge und dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur gilt es
299 darüber hinaus, den Mittelstand und unsere heimischen Betriebe zu unterstützen.

300 **Maß halten auch in den Kommunen.**

301 In den Kommunen wie auf allen anderen staatlichen Ebenen darf nur so viel Geld aus-
302 gegeben werden, wie zuvor erwirtschaftet wurde. Das Land Baden-Württemberg ist
303 nach Jahrzehnten 2008 erstmals ohne neue Schulden ausgekommen. Wir dürfen nicht
304 weiter über unsere Verhältnisse leben und durch neue Schulden künftige Generationen
305 belasten. Der Verzicht auf neue und die Rückführung vorhandener Schulden bedeuten
306 zusätzliche Handlungsspielräume für die Haushalte der Zukunft. Eine Alternative zum
307 Weg aus der Schuldenfalle gibt es nicht. Die damit zwangsläufig verbundenen Ein-
308 schnitte sind eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

309 Daneben stellen wir das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen auf die in der
310 Wirtschaft bewährte doppelte Buchführung um. Das dient der Transparenz und damit
311 ebenfalls der Generationengerechtigkeit. Denn wer neue Maßnahmen beschließt, soll
312 auch die finanziellen Folgen tragen und nicht in die Zukunft verschieben.

313 **Lasten gerecht verteilen.**

314 Die Kommunen müssen für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit den notwendigen finan-
315 ziellen Mitteln ausgestattet werden. In Baden-Württemberg ist der kommunale Anteil

316 am Steueraufkommen mit 23 Prozent höher als in anderen Ländern. Die Finanzbezie-
317 hungen zwischen Land und Kommunen sind auch künftig über die Zeitdauer eines
318 Doppelhaushalts hinaus mittelfristig festzulegen. Das dient der Planungssicherheit der
319 kommunalen Seite. Darüber hinaus haben wir auf Bundes- und Landesebene gegenü-
320 ber den Kommunen das so genannte Konnexitätsprinzip und damit den Grundsatz ein-
321 geführt, dass diejenige Ebene, die zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen überträgt,
322 diese auch bezahlen muss.

323 ***Wirtschaftsförderung vor Ort.***

324 Die Kommunen sind Partner von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk. Sie gewähr-
325 leisten die Infrastruktur als Grundlage für eine erfolgreiche Tätigkeit der Unterneh-
326 men. **Auch in Zukunft wollen wir Unternehmen in unseren Städten und Gemeinden**
327 **positiv begleiten, um auf der einen Seite Wachstum zu generieren und damit Arbeits-**
328 **plätze zu erhalten oder neue zu schaffen. Hierzu sollen durch Flächenrecycling, Flä-**
329 **chenneuordnung und Bestandsmanagement vorrangig Flächen im Innenbereich zu für**
330 **die Wirtschaft bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden. Sind Gewerbegebiete im**
331 **Innenbereich, z.B. aufgrund immissionsschutzrechtlicher Konflikte, nicht realisierbar,**
332 **kann es auch neue Flächen im Außenbereich geben. Dabei sollte geprüft werden, ob**
333 **andere im Flächennutzungsplan ausgewiesene aber noch nicht realisierte Planungen**
334 **zurückgenommen werden können. Grundsätzlich wollen wir die interkommunale Zu-**
335 **sammenarbeit bei Gewerbegebieten und Infrastrukturmaßnahmen aus Kostengründen**
336 **und zum regionalen Nutzen intensivieren.** Unser Handwerk und unsere mittelständi-
337 schen Betriebe haben als tragende Säulen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine he-
338 rausragende Bedeutung, welche bei der Vergabe von kommunalen Investitionen zu
339 berücksichtigen ist. Durch eine Vereinfachung der Vergabevorschriften und eine He-
340 raufsetzung der Schwellenwerte für die öffentlichen Vergabeverfahren wird es mittels-
341 tändischen Betrieben erleichtert, sich Erfolg versprechender um öffentliche Aufträge
342 zu bemühen. Daneben wird in Zukunft auch im Vergabewesen die Bedeutung von
343 elektronischen - und damit für alle Beteiligten Kosten sparenden - Verwaltungsverfahren
344 zunehmen müssen.

345 Unser bewährtes Bankensystem bestehend aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Ge-
346 nossenschaftsbanken und Privatbanken genießt in der Bevölkerung großes Vertrauen.
347 Um dieses weiter zu festigen, sprechen wir uns für die Wiedereinführung der Gewähr-
348 trägerhaftung der öffentlichen Hand für die Sparkassen aus.

349 ***Daseinsvorsorge sicherstellen.***

350 Von zentraler Bedeutung für die Daseinsvorsorge ist eine sichere und preisgünstige
351 Energie- und Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Für

352 Kommunen mit eigenen Versorgungsgesellschaften und Stadtwerken müssen die
353 Rahmenbedingungen so geschaffen werden, dass diese auch in einem liberalisierten
354 Markt bestehen können. Dies wird auch durch das neue Gemeindefirtschaftsrecht des
355 Landes unterstützt. Der Sicherung einer gesunden Trinkwasserversorgung kommt als
356 kommunaler Aufgabe dabei höchste Priorität zu.

357 Die CDU bekennt sich zu einer aktiven Energiepolitik vor Ort, die die vorhandenen
358 Ressourcen schont. Dem wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass insbesondere er-
359 neuerbare Energiequellen wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden, die den natürlichen
360 Gegebenheiten unseres Landes entsprechen. Von zentraler Bedeutung ist daneben
361 auch die Sicherheit der Energieversorgung, die einen wichtigen Standortfaktor dar-
362 stellt. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die Schwierigkeiten einzelner Kommu-
363 nen aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes durch die EU sowie der sinkenden
364 Gewinnmargen im Bereich der Energieversorgung.

365 Die CDU bekennt sich zu einer wohnortnahen, flächendeckenden Grundversorgung
366 der Menschen mit hochwertigen medizinischen Leistungen. Nicht die Größe von Ein-
367 richtungen der medizinischen Versorgung ist für uns entscheidend, sondern ihre Quali-
368 tät.

369 ***Ausbau der Datenautobahnen.***

370 Baden-Württemberg nimmt im Bereich der IT- und Mediennutzung eine Spitzenpositi-
371 on ein. Die Akzeptanz von Informationstechnik, Telekommunikation und Multimedia
372 ist hier so groß, wie nirgendwo sonst in Deutschland. Dies gilt gerade auch für die länd-
373 lichen Räume, in denen das Internet besonders geeignet ist, Arbeitsmarktchancen zu
374 eröffnen und strukturelle Nachteile auszugleichen. Damit dieses Nutzungspotential
375 auch künftig zum Tragen kommt und unsere mittelständischen Unternehmen das
376 Handwerkszeug haben, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist die entsprechende Infrastr-
377 ruktur unverzichtbar. Um die „Datenautobahn“ weiter zügig auszubauen, investiert die
378 Landesregierung im Rahmen der „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“ 22 Mio. Euro
379 für den Auf- und Ausbau eines schnellen Internets im ländlichen Raum - deutlich mehr
380 als alle anderen Länder zusammen. Damit hat das Land eine Möglichkeit geschaffen,
381 die Gemeinden zu fördern, die aus eigener Kraft den Anschluss an die „Datenauto-
382 bahn“ nicht schaffen. Unser Ziel ist, dass bis Ende 2010 alle Gebiete in Baden-
383 Württemberg mit Breitband-Internet versorgt sind.

384 **8. Nachhaltige Entwicklung -** 385 **Kommunalpolitik im Einklang mit** 386 **Umwelt, Landwirtschaft und Natur**

387 **Baden-Württemberg lebt von seiner Natur wie von seiner Wirtschaft. Die CDU im**
388 **Land und den Kommunen strebt daher schon immer einen sinnvollen und behutsa-**
389 **men Ausgleich der Interessen von Unternehmen und Umwelt an. Gleichzeitig gilt es**
390 **aber auch die Interessen unserer Landwirte und die weitere Förderung des Touris-**
391 **mus im Südwesten im Auge zu behalten.**

392 ***Unsere Landschaft ist unsere Heimat.***

393 In Baden-Württemberg gibt es eine Vielzahl einzigartiger und wertvoller Landschafts-
394 räume. Viele davon sind reizvolle Kulturlandschaften, die im Laufe von Jahrhunderten
395 durch unterschiedliche Formen der Bewirtschaftung entstanden und den Menschen
396 zur unverwechselbaren Heimat geworden sind. Mit seiner Natur, seinen Sehenswür-
397 digkeiten und seiner Kultur ist Baden-Württemberg das „Wohlfühl-land Nummer 1“ in
398 Deutschland. Dies zeigen nicht nur viele Studien, sondern ganz konkret auch die stei-
399 gende Zahl an Zuzügen und Touristen in unserem Land.

400 ***Ökonomie und Ökologie im Einklang.***

401 Schutzgebiete, Landschaftspflege und Artenschutzprogramme sollen die kostbare Flo-
402 ra und Fauna erhalten. Die Menschen müssen die Natur jedoch auch wirtschaftlich
403 nutzen, um leben zu können. Unser Ziel ist es deshalb, die Erhaltung von Natur und
404 Landschaft mit einer verträglichen Nutzung durch bäuerliche Landwirtschaft, mit hei-
405 mischer naturverträglicher Produkterzeugung und Vermarktung sowie mit zeitgemä-
406 ßen touristischen Angeboten zu vereinbaren und zu fördern. Zusammen mit der heimi-
407 schen Wirtschaft, den Verbrauchern und Konsumenten wollen wir nachweisen, dass
408 wirtschaftliche Ziele mit Umwelt- und Naturschutzzielen zu vereinbaren sind und eine
409 ländlich strukturierte Heimat auch jungen Menschen eine gute Zukunft bietet.

410 ***Vorreiter im Klimaschutz***

411 Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. Aber gehandelt werden muss vor Ort. In
412 unseren Kommunen wollen wir die Vorreiterrolle Baden-Württembergs unterstreichen.
413 Wir wollen Spitze sein beim Energiesparen, **beim effizienten Einsatz von Energie** und
414 beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Kommunale Gebäude und kommunale

415 Stadtwerke sollen dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und als positive Beispiele die-
416 nen. Die Einführung eines kommunalen Energiemanagements ist ein erster wichtiger
417 Baustein für die Vorreiterrolle. Die Einrichtung von regionalen Energieagenturen ist
418 eine Erfolgsgeschichte, gerade auch im Zusammenwirken mit den handelnden Perso-
419 nen vor Ort. Hier wollen wir die Flächendeckung erreichen, weil Sie für die Bürger eine
420 wichtige Einrichtung der Beratung in allen Fragen rund um die Energie ist. Die Zertifi-
421 zierung mit dem European Energy Award ist eine gute Möglichkeit für Kommunen, ihre
422 Leistungen im Klimaschutz durchzuführen. Diese wollen wir noch stärker voranbrin-
423 gen.

424 ***Innerörtliche Entwicklung hat Vorrang.***

425 Zum Schutz der Umwelt und aus der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Gene-
426 rationen stehen wir auch für eine Zurückführung des Flächenverbrauchs. Der innerört-
427 lichen Entwicklung ist Vorrang zu gewähren, damit neue Flächen nur noch in dem un-
428 bedingt notwendigen Maße in Anspruch genommen werden, wie sie an anderer Stelle
429 entsiegelt und rekultiviert werden.

430 ***Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft.***

431 Die Landwirtschaft ist für uns ein traditionell wichtiger Wirtschaftszweig, den wir auch
432 im Bereich der Landschaftspflege zu schätzen wissen. Ihm und seinen Bedürfnissen gilt
433 unser besonderes Augenmerk. In schwierigen Zeiten für die Landwirtschaft wollen wir
434 uns dabei auf das Wichtigste konzentrieren: gezielte Förderung statt „Gießkanne“. Da-
435 bei ist die regionale Lebensmittelproduktion zum Schutz der Verbraucher genauso
436 wichtig wie die Produktion nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energieträ-
437 ger. Die CDU unterstützt dabei auch den Erhalt der für unser Land typischen klein- und
438 mittelständischen Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft und setzt sich auf allen
439 Ebenen hierfür ein.

440 ***Baden-Württemberg ist Tourismusland.***

441 Der Fremdenverkehr hat sich mittlerweile zu einem unserer wichtigsten Wirtschafts-
442 zweige entwickelt: Rund 200.000 Beschäftigte erwirtschaften fast ein Zwölftel unseres
443 Bruttoinlandsprodukts. In Zukunft wollen wir neue Zielgruppen für unser Land interes-
444 sieren: Aktivurlauber bieten ebenso Wachstumspotential wie der Bereich Wellness und
445 Gesundheit.

446 Wir unterstützen die Kreise und Gemeinden bei der Schaffung eigenständiger touristi-
447 scher Profile für die jeweilige Region. Dabei gilt es, schlagkräftige Tourismusverbände

448 zu entwickeln, die ihre jeweilige Destination auch international angemessen darstellen
449 können.

450 **9. Bürgernah und leistungsfähig - die** 451 **Verwaltung als Dienstleister.**

452 **Für die CDU gilt der Grundsatz: Staat und Verwaltung müssen vom Bürger her ge-**
453 **dacht und gemacht werden. Bei der Verwaltung stehen wir deshalb für transparen-**
454 **te und bürgernahe Reformen sowie einen entschiedenen Bürokratieabbau. Bei Po-**
455 **lizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten wissen wir um deren Bedeutung für die Ge-**
456 **meinschaft und sorgen für Ausrüstung und Anerkennung ihrer Leistungen.**

457 ***Verwaltung modernisieren.***

458 Eine gut funktionierende und verlässliche Verwaltung auf allen politischen Ebenen ge-
459 hört zu den Grundpfeilern des Rechtsstaats, der unsere individuelle Freiheit garantiert.
460 Doch auch bei der Verwaltung gibt es einen stetigen Bedarf, Verbesserungen für die
461 „Kunden“ durchzusetzen.

462 So sind Verwaltungsabläufe mit dem Augenmerk auf Verfahrensbeschleunigung und
463 Wirtschaftlichkeit kontinuierlich zu optimieren. Wir brauchen zügige Genehmigungs-
464 verfahren und die zielgruppenorientierte Ansiedlung von Ansprechpartnern innerhalb
465 der Verwaltungen. Verwaltungsverfahren wie Gewerbeanmeldung, Baugenehmigung,
466 Melderecht oder Personenstandswesen müssen zügig als durchgängige Online-Dienste
467 bereitgestellt werden. Der Ausbau von Online-Diensten darf allerdings nicht zu Lasten
468 wohnortnaher Dienstleistungsangebote gehen. Der persönliche Kontakt mit den An-
469 sprechpartnern in Rathäusern und anderen Verwaltungen muss erhalten bleiben und
470 zielgruppenspezifisch optimiert werden.

471 Eine zukunftsorientierte Verwaltung braucht darüber hinaus neue Steuerungsinstru-
472 mente und ein modernes Dienstrecht. Wir treten für einen straffen und an den Bedürf-
473 nissen der Kommunalverwaltung ausgerichteten Fahrplan zur Einführung des kaufmän-
474 nischen Rechnungswesens ein. Mit einer Reform des Haushaltsrechtes begrüßen wir
475 die Möglichkeiten eines interkommunalen Wettbewerbs durch Kennzahlensysteme.
476 Bei der Flexibilisierung des Dienstrechts stehen wir für die Förderung des Leistungs-
477 prinzipis durch Leistungsbeurteilungen sowie die Besetzung von Spitzenämtern auf
478 Zeit.

479 **Bürokratieabbau vorantreiben.**

480 Die zunehmende Bürokratie auf allen Ebenen und in vielen Lebensbereichen kostet alle
481 Beteiligten viel Zeit und Geld. Die Einrichtung eines unabhängigen Ombudsmanns für
482 Bürokratieabbau, Deregulierung und Aufgabenabbau durch die Landesregierung hat
483 sich bewährt. In den vergangenen Jahren konnten viele überflüssige Normen abgeschafft
484 und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden.

485 Erfolgreicher Bürokratieabbau schließt aber nicht nur den Abbau bestehender Hemm-
486 nisse ein, sondern setzt insbesondere bereits bei der frühzeitigen Verhinderung neuer
487 Bürokratie an. Dazu gehört für die CDU auch, dass künftig alle kommunalen Satzungen
488 außerhalb des Baurechts nach eine Geltungsdauer von 10 Jahren daraufhin überprüft
489 werden müssen, ob Inhalt, Verfahren und Gültigkeit noch sinnvoll und zeitgerecht sind.
490 Darüber hinaus könnte die Einführung eines schlanken Verfahrens zur Identifizierung
491 und Messung bestimmter Bürokratiekosten ebenfalls helfen, zu weiteren Verbesserun-
492 gen zu kommen.

493 **Mit Sicherheit Vertrauen schaffen.**

494 Sicherheit - objektive und noch mehr die subjektiv empfundene - ist ein nicht zu unter-
495 schätzender Standortfaktor für die Kommunen und das Land. Sie schafft Vertrauen und
496 ist ein wichtiger Aspekt eines positiven Heimatgefühls der Menschen. Unsere Polizis-
497 tinnen und Polizisten sorgen dabei jeden Tag aufs Neue dafür, dass sich die Menschen
498 in unserem Land sicher fühlen können und das Baden-Württemberg eines der sichers-
499 ten Länder ist. In Zukunft wollen wir aber noch mehr dafür tun, dass auch Kleinkrimina-
500 lität aufgeklärt und die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen kann. Gleichzeitig treten wir
501 für die Stärkung der Präventionsarbeit, insbesondere beim Jugendschutz ein. Eine enge
502 Vernetzung von Polizei, **Jugendgerichtshilfe**, Schulen, Schulsozialarbeit, **kommunaler**
503 **Jugendhilfe und ortsansässigen Jugendorganisationen** kann helfen, kommunale Krimi-
504 nalprävention möglichst effektiv und wirkungsvoll zu gestalten.

505 Von unschätzbarem Wert sind auch die Leistungen unserer Rettungsdienste, der
506 Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks. Die Kommunen und das Land haben die
507 Aufgabe, für moderne und ausreichende technische Ausrüstung zu sorgen und an einer
508 noch besseren Vereinbarkeit der Dienste mit dem Berufsleben zu arbeiten.

509 **10. Mobil in Stadt und Land - für eine** 510 **leistungsfähige Infrastruktur.**

511 **Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes Land im Herzen Europas ist auf eine**
512 **moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die CDU setzt**
513 **sich für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ein, die die umweltverträgliche**
514 **Mobilität unserer Bürger und unserer Wirtschaft dauerhaft sichert und das stei-**
515 **gende Verkehrsaufkommen bewältigt.**

516 ***Wachstum braucht Wege.***

517 Baden-Württemberg ist ein hoch industrialisiertes Land. Unsere Unternehmen, For-
518 schungseinrichtungen, Kulturinstitutionen und nicht zuletzt unsere Bürgerinnen und
519 Bürger sind in alle Welt vernetzt. Wir liegen im Herzen Europas und sind damit Transit-
520 land Nummer eins. Mit den höchsten Wachstumsraten und Beschäftigungszahlen ist
521 Baden-Württemberg der europäische Wachstumsmotor. Diese Spitzenstellung wollen
522 wir behaupten. Grundvoraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruk-
523 tur - sie ist für das Land und seine Kommunen lebenswichtig. Die CDU setzt sich des-
524 halb für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ein, die die umwelt- und gemeinwohl-
525 verträgliche Mobilität unserer Bürger und unserer Wirtschaft dauerhaft sichert und das
526 steigende Verkehrsaufkommen bewältigt. Grundlage hierfür ist der kontinuierliche
527 Aus- und Neubau sowie die optimale Vernetzung von Schiene, Straße, Luftverkehr und
528 Wasserstraßen sowie die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken.

529 ***Straßenbau im Mittelpunkt.***

530 Ein gut ausgebautes Straßennetz ist für die Entwicklung des Landes unverzichtbar. Um
531 das Landesstraßennetz konsequent zu verbessern, wurden die Mittel zum Bau und zum
532 Erhalt der Landesstraßen von der Landesregierung deutlich erhöht und im Rahmen des
533 Impulsprogramms Baden-Württemberg zusätzlich 60 Mio. Euro für Großprojekte zur
534 Verfügung gestellt.

535 Im kommunalen Straßenbau hat das Land allein im Jahr 2008 109 Vorhaben im ländli-
536 chen Raum und in den Verdichtungsräumen mit einem Gesamtvolumen von 94 Mio.
537 Euro in das Landesförderprogramm aufgenommen. Damit können den Kommunen nun
538 Zuwendungen von 57 Mio. Euro bewilligt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei bei
539 wichtigen innerörtlichen Gemeindestraßen und Zubringerstraßen zum überörtlichen
540 Verkehrsnetz.

541 Der Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen und Autobahnen in Baden-Württemberg
542 hinkt dagegen seit Jahren dem stark ansteigenden Bedarf hinterher. Die bisher vom
543 Bund zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um auch nur die
544 planfestgestellten Maßnahmen im Umfang von rund 1,2 Mrd. Euro realisieren zu kön-
545 nen. Die CDU wird sich hier auch weiterhin mit Nachdruck beim Bund für zusätzliche
546 Mittel einsetzen.

547 ***Mobilität auf Schiene und Straße***

548 Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Land ist eine echte Erfolgsge-
549 schichte. Seit 1994 hat das Land als Aufgabenträger das Angebot auf der Schiene um
550 über 50 Prozent ausgebaut und den Integralen Taktfahrplan landesweit umgesetzt. Die
551 stark angestiegene Zahl der Fahrgäste bis zu 300 Prozent spricht für sich. Der Busver-
552 kehr ist eine tragende Säule des öffentlichen Personennahverkehrs - insbesondere im
553 ländlichen Raum. Baden-Württemberg 21 ist von überragender verkehrs- und stand-
554 ortpolitischer Bedeutung für das gesamte Land. Es verbindet Baden-Württemberg mit
555 dem europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, schafft die Anbindung der Neuen
556 Messe und des Stuttgarter Flughafens und ermöglicht neue Verbindungen für den Re-
557 gional- und Nahverkehr. Der 4-gleisige Ausbau der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel und
558 die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sind zwei weitere Maßnahmen im Schie-
559 nenfernverkehr, die für unser Land von zentraler Bedeutung sind.

560 **11. Bereit zur Verantwortung**

561 Die CDU Baden-Württemberg und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in
562 den Städten, Gemeinden, Kreisen und der Region unseres Landes können mit gutem
563 Recht beanspruchen, die positive Entwicklung der Kommunen in Baden-Württemberg
564 ein gutes Stück weit mit verantwortet zu haben.

565 Auch in Zukunft wollen wir entschlossen und mit allem Engagement dafür arbeiten, die
566 Lebensqualität in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen zu erhalten und weiter zu
567 erhöhen. Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger überall im Land, uns dabei
568 auch in Zukunft zu unterstützen. Wir wollen und werden ihr Sachwalter in den Ge-
569 meinderäten und Kreistagen bleiben.